

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- 500. Bei Abnahme von 100 Exemplaren 1,50 RM. jährlich. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postbestellungen, Vorkauf und Geschäftswechselungen werden nach Möglichkeit angenommen bis zum 1. April. Rücksendung eingekauftes Material erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 8-spaltige Zeile 20 Pf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 2-spaltige Reklamazeile im täglichen Teil 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Sonstige Anzeigenpreise werden nach Möglichkeit durch Fernruf übermitteln. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Richtigkeit der Angaben über die Angelegenheiten, die durch Fernruf übermitteln werden, wird keine Garantie übernommen. Jeder Nachweisungsanspruch ist durch die Richtigkeit der Angaben über die Angelegenheiten, die durch Fernruf übermitteln werden, ausgeschlossen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 90 — 91. Jahrgang Telegr.-Nr.: „Amtblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Montag, den 18. April 1932

Antreten zur Polonäse.

Nun beginnt eine neue „Tour“ in der Polonäse, die in Genf unter der Bezeichnung „Weltkonferenz“ getauft wird. Es geht dabei natürlich fürchtbar vornehm zu und, um mit Shakespeare zu reden: „Sie lästern wie die Engel, wenn sie lügen“. Tardieu möchte ja dabei am liebsten Führer der Polonäse sein und die Musik dirigieren. In lattig verzwirbelten Schlangenbewegungen dreht und schlingt sich diese Polonaise durcheinander, der eine oder andere Teilnehmer springt einmal aus der Reihe heraus oder will sich den Anordnungen des schon ganz ungeduldig gewordenen „Maitre“ Tardieu gar nicht fügen.

Zwei neue Persönlichkeiten sind jetzt dabei, von denen die eine, Dr. Brüning, allerdings schon einmal für ein paar Stunden bei der ersten „Tour“ mitgetanzt hat. Anders der zweite „Neuling“ auf dem Genfer Parkett, Staatssekretär Stimson, Hoovers langjähriger außenpolitischer Mitarbeiter. Im vergangenen Sommer hat er einen — vergeblich gebliebenen — „Europa-Trip“ gemacht, um gegen die Franzosen vom Hoover-Freijahr zu retten, was etwa noch zu retten war. Auch in Berlin beim Reichkanzler ist er gewesen, zur gleichen Zeit, als MacDonald und sein damaliger Außenminister Henderson Dr. Brüning besuchten. Allerdings war Amerika im vergangenen Sommer noch eine Macht, von der man annahm, sie sei von der Weltwirtschaftskrise zwar erschüttert, aber nicht wesentlich zermürbt worden. Zwischen den Vereinigten Staaten mit vollster Wucht von der Krise gepackt worden, sind in schwerster finanzieller Lage geraten, und blicken alle Anstrengungen, sich selbst zu helfen, vergeblich. Stimson hat dabei den allerdings etwas mageren Trost, daß man auch in Frankreich aus „millionenfachen“ Gründen das Andenken von Kreuzers nicht gerade feiert. Die Beziehungen zwischen Paris und Washington haben sich unter den Sturmstößen der französischen Angriffe auf den Dollar auch nicht gerade erwärmt.

Offiziell heißt's ja: „Aber Thema darf nicht gesprochen werden.“ Aber das Thema der deutschen Tribute und der interaktierten Kriegsschulden an Amerika nämlich. Aber wenn sich die Vertreter Deutschlands, Englands, Italiens, Frankreichs und Amerikas zu einem Sondertänzen in ein wohlverschlossenes Nebenzimmer begeben haben und sich, wie schon immer wieder angefündigt ist, dort auch zu einem politischen Ballgespräch über „das Thema“ niederlassen, wird Herr Stimson sich kaum schämen, die Ohren zuhalten. Denn daß die Kriegsschuldenfrage von Amerika unmittelbar mit der Abrüstungsfrage zusammengehangen wurde, ein amerikanisches Entgegenkommen abhängig gemacht wird von einer derartigen und entschiedenen Abrüstung Europas, hat Hoover selbst oft genug betont. Der frächtige Vorstoß des Befandten Gibson wies auch deutlich nach dieser Richtung, unterstrichen auch noch von dem Hinweis, daß die vielgepriesene Heiligkeit der Verträge nicht bloß ein Aufrechterhalten der deutschen Tributpflicht bedeuten und verlangen dürfe, sondern auch die Ausführung des Abrüstungsversprechens im Versailler Vertrag. Und z. V. auch die Erfüllung des französischen Kriegsschuldenvertrages mit Amerika, — woraufhin Herr Tardieu aufgeregt diesem Teilnehmer an der Genfer Polonäse ziemlich grob kam!

Solche „Scherze“ werden sich ja jetzt kaum wiederholen, weil man zur Haupttour der Polonäse angetreten ist. Dr. Brüning wird zu einem Tanz gezwungen sein, bei dem ihm nicht allzuviel Bewegungsfreiheit bleibt. Außerdem brütet im Genfer Ballsaal eine für uns Deutsche keineswegs angenehme Atmosphäre: sie ist allzu stark mit französischen Gerüchten durchsetzt, die alles andere als Wohlgerüche sind. Herrn Stimson versuchte man bei seinem Pariser Besuch natürlich auch gleich entsprechend zu „parfümieren“. Allerdings soll er dabei stark abgewehrt haben: Europa solle gefälligst erst mal den eigenen Laden selbst in Ordnung bringen und Amerika — hier merkt man schon die französische Beeinflussung oder zum mindesten den Wunsch dazu — werde sich in Genf vor allem den Fragen der Seearüstung widmen, die der Landabrüstung aber nur „beobachten“.

Der beschränkte, ganz undiplomatisch denkende Untertanenverstand wird freilich ganz erstaunt fragen, ob wirklich nur deswegen Herr Stimson die weite Reise über den Ozean gemacht hat! Und auch noch in einem für Amerika und besonders für Hoover wirtschaftlich-finanziell recht kritischen Zeitpunkt! Man darf also vom besagten Untertanenverstand doch nicht allzuviel — Beschränktheit verlangen!

Draußen aber an den Fenstern des Genfer Tanzsaales drängen sich die von Not zerquälten Völker und müssen nun zusehen, wie ihre Diplomaten, wie die Völker ihres Schicksals zur „Polonäse“ antreten, die hoffentlich nicht — mit einer Rauferei enden wird.

Fünfzügige Arbeitswoche in USA?

Präsident Hoover hat zur Verringerung der Arbeitslosigkeit die allgemeine Einführung der fünfzügigen Arbeitswoche vorgeschlagen und dem Amerikanischen Kongress empfohlen, mit der Beamtenschaft den Antrag zu machen, wobei gleichzeitig eine Ersparnis von Verwaltungskosten bezweckt wird.

Der Volksentscheid in Sachsen gescheitert

Das sächsische Volksbegehren auf Auflösung des Landtages ist erfolglos geblieben. Es fehlen an der erforderlichen Wahlbeteiligung, die die Hälfte der Stimmberechtigten hätte betragen müssen, 439 770 Stimmen. Im einzelnen ist das zahlenmäßige Ergebnis folgendes:

Stimmberechtigte:	3 664 047
Wahlbeteiligung:	1 392 254
Ja-Stimmen:	1 318 042
Nein-Stimmen:	53 442
Ungültige Stimmen:	20 770

An dem Volksentscheid beteiligten sich die Nationalsozialisten, Deutschnationalen und die Kommunisten. Die Wahlhandlung ist nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen im ganzen Lande ohne Störung verlaufen.

Bei dem Volksbegehren, das diesem Volksentscheid voranging, hatten sich insgesamt 733 558 Stimmberechtigte eingetragen, während 351 136 Eintragungen nur erforderlich waren. Von den Eintragungen entfielen auf den Wahlkreis Dresden-Bautzen 237 197, Leipzig 127 603 und Chemnitz-Zwickau 368 758.

Wahlkreis Dresden-Bautzen.

Stimmberechtigte: 1 363 727, Wahlbeteiligung: 435 959, Ja-Stimmen: 414 099, Nein-Stimmen: 15 858, Ung.: 6002.

Wahlkreis Leipzig.

Stimmberechtigte: 967 929, Wahlbeteiligung: 307 016, Ja-Stimmen: 290 406, Nein-Stimmen: 11 735, Ung.: 4875.

Wahlkreis Chemnitz-Zwickau.

Stimmberechtigte: 1 332 391, Wahlbeteiligung: 649 279, Ja-Stimmen: 613 537, Nein-Stimmen: 25 849, Ung.: 9893.

Vergleichszahlen von den Reichspräsidenten-Wahlen.

Zum Vergleich mit den Ergebnissen des Volksentscheides geben wir nachstehend die in den drei sächsischen Wahlkreisen bei den Reichspräsidentenwahlen vom 13. März 1932 und — nach dem soeben eingetroffenen amtlichen Zählungsergebnis — vom 10. April 1932 auf die einzelnen Kandidaten entfallenen Stimmen.

Wahlkreis Dresden-Bautzen.

13. März: Duesterberg 77 410, Hindenburg 625 853, Hitler 342 947, Thälmann 148 409.

10. April: Hindenburg 640 839, Hitler 434 959, Thälmann 110 496.

Wahlkreis Leipzig.

13. März: Duesterberg 36 647, Hindenburg 451 544, Hitler 237 362, Thälmann 144 383.

10. April: Hindenburg 448 892, Hitler 296 311, Thälmann 122 038.

Wahlkreis Chemnitz-Zwickau.

13. März: Duesterberg 55 653, Hindenburg 410 335, Hitler 478 882, Thälmann 236 175.

10. April: Hindenburg 445 023, Hitler 557 467, Thälmann 177 646.

Einzelergebnisse.

(Reihenfolge der Zahlen: Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung, Ja-Stimmen, Nein-Stimmen. (Die evtl. verbleibende Differenzzahl sind ungültige Stimmen.)

Dresden: 504 373, 136 203, 132 132, 3041. (10. April: Hindenburg 246 436, Hitler 144 080, Thälmann 35 902.)

Leipzig: 534 669, 131 859, 127 096, 3576. (10. April: Hindenburg 263 345, Hitler 138 439, Thälmann 71 227.)

Chemnitz: 254 923, 115 279, 110 208, 4013. (10. April: Hindenburg 94 780, Hitler 94 841, Thälmann 34 307.)

Plauen: 81 689, 44 587, 42 619, 1463. (10. April: Hindenburg 19 260, Hitler 40 309, Thälmann 10 925.)

Adorf (Vogtland): 5259, 2834, 2671, 120.

Annaberg: 13 698, 7706, 7224, 296.

Aue (Sachsen): 18 036, 7435, 7161, 177.

Auerbach (Vogtland): 13 935, 8884, 8435, 285.

Bad Schandau: 2332, 1127, 1054, 49.

Bautzen: 27 095, 10 417, 9974, 326.

Bautzen (Land): 72 869, 28 870, 26 680, 1656.

Bischofsverda: 6590, 2790, 2629, 135.

Borna: 7421, 2584, 2472, 80.

Eßdorf: 16 181, 5448, 5134, 314.

Dresden (Amtshauptm.): 104 438, 33 998, 31 968, 1378.

Freiberg: 25 592, 12 338, 11 900, 438.

Freiberg (Land): 35 084, 15 797, 14 824, 685.

Freital: 27 050, 5863, 5534, 242.

Großenhain: 9203, 3920, 3799, 88.

Großenhain (Amtshauptm.): 38 611, 17 434, 16 366, 771.

Hohenstein-Ernstthal: 12 147, 6394, 6166, 174.

Kamenz: 7644, 2512, 2417, 61.

Klingenthal (Stadt): 4463, 2825, 2615, 140.

Klingenthal (Bezirk): 13 248, 8393, 7761, 411.

Leisnig: 13 295, 5749, 5439, 172.

Lugau (Erzgebirge): 7419, 3261, 3107, 100.

Martneufkirchen: 6258, 4767, 4560, 133.
Meerane: 18 377, 5753, 5511, 173.
Meißen: 33 756, 9869, 9439, 286.
Meißen (Land): 62 277, 25 859, 23 903, 1418.
Mittweida (Stadt und Land): 25 202, 12 397, 11 640, 106.
Neustadt: 3587, 1591, 1305, 75.
Ositz (Erzgebirge): 12 290, 6353, 6101, 252.
Ositz (Vogtland): 11 726, 6446, 6014, 260.
Pirna: 22 756, 7674, 7267, 283.
Pirna (Land): 85 031, 31 510, 29 447, 1517.
Radeberg: 11 190, 4008, 3869, 93.
Riesa: 18 258, 3792, 3672, 85.
Schwarzenberg: 7957, 5190, 4861, 202.
Schwarzenberg (Amtsh.): 79 696, 45 319, 41 802, 2347.
Sebnitz: 8029, 1597, 1533, 53.
Stolpen: 1255, 405, 387, 14.
Tharandt: 2776, 1233, 1120, 66.
Wilsdruff: 878, 216, 206, 6.
Wurzen: 13 355, 5288, 5035, 152.
Zittau: 28 624, 6878, 6600, 219.
Zwickau: 61 140, 21 711, 20 818, 681.

Die ersten Blätterstimmen.

Dresden, 18. April. Zu dem Ausgang des Volksentscheides auf Auflösung des sächsischen Landtages liegen vorläufig nur die Stellungnahmen der beiden Dresdner Frühblätter vor. Die „Dresdner Nachrichten“ weisen unter der Ueberschrift „Lehren und Folgerungen“ zunächst darauf hin, daß gegenüber den 20.5 v. H. der Eintragungen zum Volksbegehren die Zahl der abgegebenen Ja-Stimmen auf 36 v. H. angewachsen ist. Es habe sich nun deutlich gezeigt, daß zwischen Persönlichkeits- und Parlamentswahlen sowie der Abstimmung über eine Gesetzesvorlage ein großer Unterschied bestehe. Nicht unberücksichtigt bleiben dürfe aber auch das Fortbleiben der Kommunisten von einer Aktion, die sie selbst erst in die Wege geleitet hätten. Die kommunistischen Wähler schieben aber nicht an einen Erfolg der Abstimmung geglaubt zu haben und seien deshalb entgegen den Weisungen ihrer Parteileitungen der Wahlurne ferngeblieben. Das Blatt schreibt unter anderem: „Wenn bei der Frage der Fürstenernteignung, die mit ihrer auf Reichsgefühl abgestellten Forderung große Massen der Wähler herauslockte, nur 35 v. H. der Wahlberechtigten mobilisiert werden konnten, so nehmen sich daneben die gestrigen 36 v. H. für die nüchterne Forderung nach Landtagsauflösung recht stattlich aus“ und schließt: „Politisch bedeutungsvoller ist der Umstand, daß es mit diesem Ergebnis für die nächste Zeit unmöglich gemacht wird, von Sachsen aus eine Kampfstellung der Rechten zu beziehen, die stark genug wäre, um dem Linksurs im Reich entgegenzuwirken. Die Hoffnung, von der Länderseite her den großen Umschwung herbeizuführen, konzentriert sich jetzt auf die Preußenwahlen am nächsten Sonntag, die als reine Parlamentswahlen, ohne die technischen und psychologischen Erklärungen des Volksentscheides, unter günstigeren Voraussetzungen und mit besseren Aussichten ausgedacht werden.“

Unter der Ueberschrift: „Abgewehrter Angriff“ nimmt der „Dresdner Anzeiger“ unter anderem wie folgt Stellung: „Niemand konnte vor fünf Monaten wissen, daß der Volksentscheid zeitlich zwischen zwei Ereignissen von höchstem reichspolitischen, ja von weltpolitischem Range fallen werde, zwischen die Reichspräsidentenwahl und die preussischen Landtagswahlen. Der Schlag, den die Rechte in Sachsen führen wollte, ging formell gegen den Landtag, aber gemeint war die Regierung. Das sächsische Beamtenkabinett, dem ein Mißtrauensvotum des Landtages befänglich nicht gefährlich ist, hat sich dafür der Feuerprobe des Volksentscheides unterwerfen müssen, und es hat sie bestanden, obwohl sie von den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen in den letzten Tagen noch mit der Mitverantwortung für das SA-Verbot belastet worden waren, an dem die sächsische Regierung in Wirklichkeit keinen Anteil hat. Die Regierung ist in der Abwehr der gegen sie erhobenen Vorwürfe mit einer deutlichen Erklärung des Ministerpräsidenten aus ihrer Zurückhaltung hervorgetreten, und man möchte wünschen, daß sie künftig öfter mit der gleichen Entschiedenheit und Offenheit zur sächsischen Bevölkerung spräche. Sie wird und muß in dem Ergebnis des Volksentscheides eine Bestätigung ihres Auftrages erblicken, und sie wird sich diesem Auftrage nicht entziehen, sondern weiter arbeiten, mit dem Landtage oder, wenn er sich ihr verweigert, auch ohne ihn. Aber immer für das ganze Volk.“

Erfolg des Volksentscheides in Oldenburg.

Der Landtag wird aufgelöst.

Im Freistaat Oldenburg wurde der von den in der nationalen Front zusammengeschlossenen Parteien in Gang gesetzte Volksentscheid auf Auflösung des Oldenburgischen Landtages zugleich mit dem roten Volksentscheid der Kommunisten durchgeführt. Nach dem Abstimmungsergebnis ist der Volksentscheid mit großer Mehrheit durchgefallen, so daß der Landtag aufgelöst wird. Es wurden abgegeben: Im Landesteil Oldenburg: 99 440 Ja-Stimmen, 4126 Nein-Stimmen und 811 ungültige.